

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 0.60 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Volküberweilungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang Rober C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 44

Sonnabend, den 1. November 1924

28. Jahrgang

„Der kürzere Weg?“

Offne Anfrage an den Baugewerksbund.

Zum ersten Male, seitdem der Baugewerksbund sich eine kleine Anzahl von Filialen des ehemaligen Steinmetzverbandes angegliedert hat — zu Unrecht selbstverständlich — bringt das Organ deselben, der „Grundstein“, in seiner Nr. 41 einen Bericht aus der Pfalzlerfachgruppe Würzburg. Wenn man also den „Grundstein“ als Barometer der Steinmetzbewegung im Baugewerksbund ansprechen darf, dann scheint es um die Aktivität der widerrechtlich angegliederten Steinmetzfachgruppen nicht sonderlich glänzend bestellt zu sein. Auch der Würzburger Bericht bringt nach dieser Seite hin nichts Aufregendes und Weltbewegendes. Wenn es sich darum handelte, die materiellen Errungenschaften seit der Verschmelzung hüben und drüben abzuwägen, dann könnte man untern Würzburger Fachkollegen sogar das Zeugnis ausstellen, daß sie, gemessen an der Aktivität ihrer den andern Weg gegangenen Kollegen seit einiger Zeit bescheiden geworden zu sein scheinen. Aber darauf kommt es hier nicht an. Was uns veranlaßt zu dem Würzburger Bericht Stellung zu nehmen, ist folgendes: Es heißt in demselben einleitend:

„Als es im Frühjahr hieß, sich mit dem Steinmetz- oder mit dem Baugewerksbund zu verschmelzen, beschritt diese Berufsgruppe (Die Pfalzler. Red. d. „Steinarb.“) den kürzeren Weg. Sie schloß sich als Ganzes uns an (d. h. dem Baugewerksbund. Red. d. „Steinarb.“).

Dieser Satz bringt die Redaktion des „Grundstein“ ohne jeden Kommentar. Daraus darf geschlossen werden, daß sie sich die darin zum Ausdruck gebrachte Auffassung zu eigen macht. Wir dürfen daraus weiter schließen, daß die Redaktion unseres gewerkschaftlichen Bruderorgans die Auffassung von dem „kürzeren Weg“ nicht nur für richtig hält, sondern daß sie sich auch der zweifellos in diesem Satz zum Ausdruck gebrachten Genugtuung über dieses Verfahren ohne Bedenken und ohne Vorbehalt anschließt. Also: „Der kürzere Weg!“ — Man könnte fragen: Woher weiß der „Grundstein“ heute schon, daß die Steinmetzen, zu denen nunmehr von Rechts wegen auch die Steinmetzer gehören, später einmal unter allen Umständen denselben Weg einschlagen werden? Vorläufig ist die große Mehrheit der Mitglieder des Steinmetzverbandes der Meinung, daß ihr Verband ein Industrierivale ist und es durch den Anschluß an den Baugewerksbund nicht erst zu werden braucht. Nur bei genauer Prüfung des hierfür in Frage kommenden Kongressbeschlusses läßt sich zwanglos und ohne jede Silbenzählerei feststellen, daß mancherlei sachliche Voraussetzungen, die diese Auffassung zu erschüttern vermögen, bis heute nicht erfüllt sind, sich auch in einer allzu nahen Zukunft noch nicht erfüllen dürften. Außerdem dürfte es auch wohl kaum einen Streit darüber geben, daß über ihre Organisationszugehörigkeit die Steinmetzen in erster Linie zu entscheiden haben, und nicht Außenstehende einfach darüber verfügen. Auch wenn es sich um eine Bruderorganisation handelt. Die Gewerkschaftsmitglieder sind keine Schachfiguren, die man nach Belieben hin und her schiebt. Wir halten also das Wort von dem „kürzeren Weg“ — zur Zeit wenigstens noch — für unangebracht.

Aber nicht nur das. Es ist auch ein gefährliches Wort. Es ist geradezu Gift für den gewerkschaftlichen Grundgedanken, und wir wünschen nur, daß der Baugewerksbund nicht der erste sein möge, der diesem Gift zum Opfer fällt. Denn was in den Worten von dem „kürzeren Weg“ zum Ausdruck kommt, ist doch nichts anderes als die verbandsoffizielle Sanktionierung des gewerkschaftlichen Disziplinbruchs! Nicht mehr und nicht weniger. Die Aufnahme der Steinmetzfachgruppe in den Baugewerksbund ist erfolgt unter Bruch des gewerkschaftlichen Grundgesetzes der Disziplin! Darüber helfen alle schönen Floskeln und Redensarten nicht hinweg. Damit aber hat der Baugewerksbund Geister gerufen, die er vielleicht nicht wieder los wird. Es gibt sicher doch auch im Baugewerksbund Mitglieder, die durchaus nicht Kommunisten sind oder zu sein brauchen, denen aber von ihrem Verband jetzt propagierte Organisationsform noch lange nicht weit genug geht, noch nicht „zentralistisch“ genug ist; die die „Einheitsorganisation“ aller Arbeiter fordern. Wohl noch jedem Gewerkschaftskongress haben solche Anträge vorgelegen. Und unter den Befürwortern derselben befinden sich bestimmt auch sehr viel ehrliche Schwärmer und Geschäftspolitiker, denen es ganz und gar nicht darum zu tun ist, kommunistische oder syndikalistische Ziele zu fördern. Wie denn nun, wenn sich auch diese Leute eines Tages die Teile von dem „kürzeren Weg“ zu eigen und — unbekümmert um Mehrheitsbeschlüsse — ihren eigenen Vaden aufmachen?! Mit welchem Recht will sich der Baugewerksbund dann dagegen wenden? Oder will er eine gewerkschaftliche Moral mit doppeltem Boden einführen? Die hier geschilderte Gefahr ist zudem um so größer, als sich zu den ehrlichen Schwärmern für die „proletarische Einheitsorganisation“ auch sofort jene minder ehrlichen Elemente gesellen könnten, die aus ganz andern Gründen die gleiche Organisationsform anstreben.

Hier gibt es also nur ein ehrliches und rücksichtsloses Ja oder Nein! Die gewerkschaftlichen Grundprinzipien sind kein Handschuh, den man nach Belieben rechts oder links wenden kann. Und Disziplinbruch bleibt Disziplinbruch, auch wenn er zugunsten der eigenen Organisation geschieht. Es ist ein Uebel, ein Gift, das weiterreißt und schließlich den Körper zerstört, der es in sich aufgenommen hat. Die Steinmetzer gehören laut unanfechtbarem Mehrheitsbeschluss in den Steinmetzverband. Wer diesen Mehrheitsbeschluss mißachtet und die Mißachtung sogar noch beschönigt und als eine gewerkschaftliche Tugend preist, richtet unabsichtlich Schaden an in der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Die kommunistische Propaganda hat wahrlich schon unmeßbaren moralischen Schaden in der Gewerkschaftsbewegung angerichtet; sie hat in den Mitgliedskreisen, die noch nicht in der demokratischen Grundausfassung genügend aesehtigt waren, Treu und Glauben zerstört und sich an dem trosten Gedanken der Klassenolidarität der Arbeiterklasse unsagbar schwer veründigt. Soll das Gift der moralischen Korruption nun auch durch diejenigen in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen werden, die doch in allererster Linie zum Hüter und Bewahrer des demokratischen Prinzips, dieser Lebensader der gewerkschaftlichen Bewegung, berufen sind?

Wäre es nicht gerade jetzt an der Zeit, zu dem guten, alten Brauch der Jugendtage unserer gewerkschaftlichen Organisationen zurückzukehren, wo auch im Verkehr der einzelnen Verbände untereinander das Wort galt: Einer für alle, alle für einen! wo es als eine Selbstverständlichkeit galt, auch für die nächstverwandte Bruderorganisation einzubringen, wann und wo es not-

wendig war. So wurde den Arbeitern, die es für die Organisation zu gewinnen galt, die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen bei jeder Gelegenheit praktisch vor Augen geführt, durch das lebendige Beispiel gewirkt. Wenn wir heute so vielfach den Berufsegoismus in den eigenen Reihen zu beklagen haben und zu bekämpfen gezwungen sind, so ist das nicht zuletzt auch eine Folge der Abkehr von der früheren solidarischen Gemeinschaftsarbeit in der Gewerkschaftsbewegung. Und was tut uns heute mehr not, als den Gemeinschaftsgeist in der Arbeiterbewegung von neuem zu erwecken, ihn zu vertiefen und zu verstärken?

Aber wer das will, der muß im eigenen Hause damit den Anfang machen. Dürfen wir an den Baugewerksbund die Frage richten, ob er dieser unserer Auffassung zustimmt, und wenn ja: Was er zu tun gedenkt, um dem verletzten Recht des Steinmetzverbandes Genüge zu leisten?

Um Antwort wird gebeten.

Internationaler Steinmetz-Kongress.

Im Leitartikel Nr. 41 des „Steinmetz“ wurde schon auf diese Tagung vom 12. und 13. Oktober verwiesen und ihre Beratungspunkte angeführt. Der Verlauf der Verhandlungen hat sich in dem Rahmen vollzogen, wie wir in dem angezogenen Artikel bereits andeuteten. Vertreten waren 16 Länder, 3 Landesorganisationen hatten ihre Abwesenheit entschuldigt. Ferner nahmen daran teil der internationale Sekretär Kolb, von der Bauarbeiter-internationale Käppler, je eine Vertretung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Tschechischen Arbeitskammer und des Internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Das Präsidium wurde aus Kollegen von Deutschland, Belgien und Holland zusammengesetzt. Nach Begrüßung der anwesenden Gäste wurde der Abstimmungsmodus festgelegt und zwar derart, daß jedes Land eine Stimme erhielt und außerdem für weitere 1000 eine Stimme bis zu 3000 Mitglieder, von da ab für je 5000 Mitglieder eine Stimme. Damit war den kleinen Verbänden Rechnung getragen.

Der Bericht des internationalen Sekretärs wurde nach kurzer Diskussion, in der allgemein das Bedürfnis nach weiterem Ausbau der Steinmetz-Internationalen zum Ausdruck kam, gutgeheißen.

Ueber die Fusion mit der Bauarbeiter-Internationalen referierte deren Sekretär Käppler. Daran entwidelte sich eine längere Diskussion. Die Vertreter der in ihren Ländern bereits funktionierenden Steinmetzorganisationen mit einer Mitgliederzahl von etwa 9000 sprachen sich alle für die Fusion aus, während diejenigen reiner Steinmetzorganisationen mit einer Mitgliederzahl von 9500 dagegen Bedenken äußerten und die Beibehaltung und weiteren Ausbau der bestehenden Berufs-Internationalen befürworteten. Es wurde dann mit einer Stimmenmehrheit von 33 gegen 17 beschlossen, daß der Kongress im Prinzip mit einer Fusion der Bauarbeiter-Internationalen einig geht, momentan den Zeitpunkt als verfrüht betrachtet und die beiden Sekretäre beauftragt, bis auf weiteres gemeinsam zusammenzuarbeiten. Auch soll dahin gewirkt werden, daß die Steinmetzer in allen Ländern sich in nur einer Organisation zusammenfinden sollten, um dadurch die internationalen Verbindungen mit dieser Berufsabteilung fördern zu können.

Auf Grund dieser Beschlüsse mußte das bestehende internationale Reglement geändert werden, die Beiträge an das Sekretariat wurden verdoppelt, der Jahresbeitrag somit auf 10 Prozent des Wochenbeitrags pro Mitglied festgelegt.

In der Emigrationsfrage referierte Kolb und wies auf die gegenwärtige wachsende Auswanderung in den europäischen Ländern. Er zeigte ein Bild der Ein- und Auswanderung aller in Frage kommenden Länder, wies auf die sich bemerkbar machenden Klagen allerorts und deren Abhilfe. Er beantragte, daß in allen Emigrationsländern, speziell in Italien, Deutschland, Oesterreich und Tschechoslowakei für genügende Aufklärung der Mitglieder über die Verhältnisse im Zuwanderungsland gesorgt werde und setzte die detaillierten Richtlinien dieser Aufklärungsarbeit fest. Nach ausgiebiger Diskussion wurde diesen Anträgen zugestimmt.

In Sachen des Schutzes der Steinmetzen gegen Berufsgefahr lag ein ausführlicher Bericht von Kolb vor, worin auf die gesetzlichen Bestimmungen einzelner Länder hingewiesen wurde, ebenso auf die Notwendigkeit, diese Bestimmungen in allen Ländern bei den Regierungen durchzusetzen. Siebold-Leipzig referierte eingehend über diese Frage. (Das Referat bringen wir in einer der nächsten Nummern des „Steinmetz“ zum Ausdruck.) Nach ausführlicher, interessanter Aussprache, an der sich auch der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes aus Genf beteiligte, wurde nach einigen Abänderungen die nachstehende Entschließung des Referenten einstimmig angenommen:

„Der Internationale Steinmetz-Kongress erneuert seinen Beschluß, wonach in allen Ländern für die in der Steingewinnung und Steinbearbeitung tätigen Personen besondere gesetzliche Schutzbestimmungen zu erstreben sind. Diese Schutzbestimmungen sollen vor allem enthalten:

1. Strengstes Verbot der täglichen Arbeitszeit über 8 Stunden.
2. Festlegung einer kürzeren Arbeitszeit wie täglich 8 Stunden bei der Bearbeitung gesundheitsgefährlicher Gesteine.
3. Grundsätzliches Verbot der Steinbearbeitung durch jugendliche Personen unter 16 Jahren und Beseitigung jeglicher Frauenarbeit in der Steinindustrie.
4. Obligatorische, jährlich mindestens einmal vorzunehmende ärztliche Untersuchung der Atmungsorgane bei allen in der Steinbearbeitung tätigen Personen. Ausscheidung der körperlich- und gesundheitschwachen Personen von der Bearbeitung gesundheitsgefährlicher Gesteine.
5. Verbot jeder Affordarbeit bei der Steingewinnung und Steinbearbeitung. (Hier wird in der Hauptsache an Sandstein- und Mühlsteinbearbeitung gedacht.) Ferner Beschränkung in dem Gebrauch besonders schwerer und gesundheitszerrüttender Werkzeuge.
6. Raumvorschriften und Vorschriften über Ventilationen zur Beseitigung des Staubes und für die regelmäßige Reinigung der Werkstätten von Steinabfall.
7. Anerkennung der Steinmetz-Berufskrankheit (Kehlkopf- und Lungenentzündungen) auf gesetzlichem Wege als Berufsunfall mit seinen gesetzlichen Weiterungen für die Hinterbliebenen.

Für die Straßenbauarbeiter kommen folgende Forderungen in Betracht:

1. Schaffung und Erstellung von Baubuden nach sanitären und sittlichen Regeln.
2. Schaffung von Waschgelegenheit auf der Baustelle.
3. Schaffung von Abortanlagen, die den sanitären und sittlichen Anforderungen entsprechen.
4. Schutz gegen die Gefahren des Verkehrs, besonders bei Bahn- und Straßenbahnarbeiten während des Betriebes.

Der Kongress beauftragt das Internationale Sekretariat, in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission aus der einzelnen Länderorganisationen, die Vertretung der Forderungen 1—7 und 1—4 auf Grund der Friedensverträge mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes in Genf herbeizuführen.

Zur Durchführung der Beschlüsse und um der internationalen Verbindung und ihren Aufgaben mehr Wirksamkeit und Aktivität zu verschaffen, wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus je einem Vertreter Deutschlands (Kollege Siebold), Belgien (Kollege Martel), Italien (Kollege Duagline) und dem internationalen Sekretär Kollegen Kolb. Letzterer wurde einstimmig als solcher wieder bestätigt. 21 Jahre vertritt bereits Kolb diese Funktion. Als Tagungsort des nächsten Kongresses wurde Prag vorgeschlagen.

Der Kongress in Lugano hat in erster Linie das berufliche Band enger geschlungen und durch seine einmütigen Beschlüsse in bezug auf den Gesundheitschutz in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und Straßenbau usw. der Verbindung einen vermehrten Gehalt gegeben. In nichterner Erfassung der Aufgaben, die eine solche internationale berufliche Vereinigung zu lösen hat und lösen kann, war die Aussprache sachlich, kollegial und stand durchaus auf der Höhe. Was gewerkschaftlich international im großen zu regeln ist, wird von dem allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongress erledigt, befruchtet und angeregt von den nationalen Gewerkschaftskongressen. Deshalb wäre es wirklich Zeit- und Kraftvergeudung und recht unfruchtbar, auf den engeren beruflichen internationalen Zusammenkünften etwa politische Töne anzuschlagen und über die berufswirtschaftlichen Interessen hinaus mit Resolutionen in der Weltwirtschaft herumzuspazieren. Der Verlauf in Lugano hat uns befriedigt, kein Mißton, keine Phrasen haben die dortigen Verhandlungen geseitigt. Um die Beratungen im einzelnen zu verfolgen, verweisen wir auf das demnächst erscheinende stenographisch genommene ausführliche Protokoll, das jeder Raßstelle und auf Bestellung auch einzelnen Kollegen zugestellt wird.

„Die Lohnpolitik der Arbeitgeber.“

Eine unter diesem Titel kürzlich erschienene Broschüre der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände führt den „Nachweis“, daß an allem Unheil, das heute über Deutschland lastet, die Arbeiter, Angestellten und Beamten schuld sind. Die Arbeiterklasse soll es auf dem Gewissen haben, daß Deutschland keine nationale Freiheit verloren hat, daß unsere Produktion nicht ausreicht, um das Volk autarkisch zu ernähren, daß wir eine Inflation gehabt haben, daß wir unter Wohnungsnot leiden, daß wir auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind und noch einige andre Schändlichkeiten mehr. Und womit sollen die Arbeiter und Angestellten all diese Schuld auf ihr Haupt geladen haben? Die Antwort lautet: durch ihre hohen Löhne!

Gegen das ganze Ungemach — so sagen die im Industriellenverband organisierten Unternehmer — gibt es nur ein Mittel: die Verbilligung der Produktion durch Niederhaltung der Löhne. Und das Unternehmertum ist nunmehr fest entschlossen, im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gegenüber dem Vaterlande mit allen Mitteln der ferneren „Lohnreduzierung“ entgegenzutreten. Die Arbeiterklasse soll das Vaterland „gesund hungern“, wie es schon einmal ein deutscher Minister so treffend ausgedrückt hat. Daß dabei die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit der Arbeiter ganz unter den Schritten kommen muß und daß insbesondere auch die Mittelschichten dabei infolge weiteren Abnehmens der Kaufkraft des arbeitenden Volkes ganz aufgegeben werden würden, stört das bescheidene Unternehmertum in keiner Weise.

Wenn, wie feststeht, trotz der erbärmlichsten Löhne, die in der ganzen industriellen Welt gezahlt werden, Deutschland nicht wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig geworden ist, so liegen die Ursachen eben wo anders als in den „hohen Löhnen“. Das ist schon hundertmal gesagt worden! Um so begriffenwerter sind die sehr beachtlichen Ausführungen, die jüngst Dr. Otto Bauer, der bekannte Führer der österreichischen Sozialdemokratie, aus Anlaß des Wiener Metallarbeiterstreiks gemacht hat, und die sehr wohl auch auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können. Genosse Bauer führte wörtlich aus:

„Wie war es vor dem Kriege? Vor dem Kriege hat der Unternehmer in viel geringerem Maße als heute mit geborgtem Kapital gearbeitet. Er hatte viel mehr eigenes Kapital, und nur zu dessen Ergänzung hat er sich von den Banken Kapital ausgeliehen. Heute ist das ganz anders. Der Unternehmer arbeitet vorwiegend mit fremdem Kapital. Er ist den Banken in viel höherem Maße verschuldet als vor dem Kriege. Im Frieden hatten die Unternehmer für das Geld, das sie sich von einer Bank ausgeliehen hatten, 5 bis 7 Prozent zu bezahlen; heute müssen sie 25, 30 und 40 Prozent bezahlen. Daß der Unternehmer heute in viel höherem Maße mit fremdem Kapital arbeitet und daß er dafür bedeutend höhere Zinsen bezahlen muß als vor dem Kriege, hat für unser industrielles und wirtschaftliches Leben Wirkungen, die in ihrer ganzen Tragweite von den meisten Menschen noch nicht verstanden werden. Jeder Arbeiter hat das deutliche Gefühl dafür, daß der Lohn, den er bekommt, nur ein kleiner Teil des Wertes ist, den er durch seine Arbeit schafft, daß der Rest, der Mehrwert, dem Kapitalisten zufällt. Es fragt sich nur, welchem Kapitalisten. Vor dem Kriege fiel der größte Teil des Mehrwertes, der in der Industrie geschaffen wurde, den industriellen Unternehmern zu und nur ein kleiner Teil wurde als Zinsen an die Banken abgetreten. Heute ist es genau umgekehrt. Der größte Teil des Mehrwertes bleibt heute nicht dem industriellen Unternehmer, sondern muß als Zinsen an die Bank weitergezahlt werden, so daß sich die Verteilung des Mehrwertes vollständig verändert hat. Vor dem Kriege haben die Arbeiter und Unternehmer miteinander um den Anteil der Arbeit, den die Un-

Better schaffen, gekämpft. Heute nimmt beiden, den Unternehmern und Arbeitern, zunächst einmal die Bank in der Form dieser hohen Zinsen den größten Teil weg, und um den übrigbleibenden Brocken müssen dann Arbeiter und Unternehmer miteinander kämpfen. Das ist eine neue, vollkommen veränderte Lage, die natürlich auch das ganze Bild des gewerkschaftlichen Kampfes wesentlich umgestaltet...

Die Hauptursache der geringen Konkurrenzfähigkeit sind die Unterschiedlichkeiten im Zinsfuß. Ich rede gar nicht von der amerikanischen Fabrik, die heute Kapital etwa um 3 Prozent hat, während der österreichische Unternehmer 30 Prozent zahlt. Aber selbst der tschechopolowakische Unternehmer hat das Geld für seinen Betrieb um ein Drittel, ja um die Hälfte billiger. Das Konkurrenzverhältnis zwischen unsrer und der ausländischen Industrie wird durch diesen hohen Zinsfuß völlig verschoben. Aber die Wirkungen gehen noch weiter. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird heute gerade infolge der internationalen Absatzstörung in einem hohen Maße durch die Mittel der Kreditgewährung geführt. Der ausländische Unternehmer bietet seine Waren nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern selbst im Inlande den Kunden gegen eine leichsinnige Zahlungsfrist an. Der inländische Unternehmer kann das nicht, weil er selbst 30 Prozent Zinsen zahlen muß; ein halbjähriger Kredit bedeutet eine Belastung von 15 Prozent. Daher kaufen die Kunden lieber selbst zu höheren Preisen im Ausland als im Inland. Aber die Nachfrage gerade nach den Erzeugnissen der heimischen Industrie wird auch auf dem inneren Markt durch den hohen Zinsfuß erschlagen...

Das Arbeiten auf Vorrat war früher ein wesentliches Mittel, wirtschaftliche Krisen für die Arbeiterschaft zu erleichtern, weil dadurch für die Arbeiterschaft selbst in Zeiten stärkerer Absatzstörung doch eine gewisse Beschäftigung blieb. Wer kann aber heute auf Vorrat arbeiten? Wenn man für das Geld 30 Prozent bezahlen muß, hört das Arbeiten auf Vorrat recht bald auf, denn der Unternehmer muß damit rechnen, daß er das Geld für die Waren, die heute erzeugt werden, vielleicht erst in einem oder in anderthalb Jahren bekommt. Wie lange kann er das aushalten, wenn er selbst für dieses Geld die hohen Zinsen bezahlen muß? Infolgedessen hat die Kapitalkrise die Wirkung, daß bei den Unternehmern viel weniger Neigung ist als früher, während der Krisenzeit auf Vorrat ohne Bestellung arbeiten zu lassen, und viel mehr die Neigung als früher, sobald sie die Waren nicht glatt absetzen, Arbeiter zu entlassen, gleich den Betrieb einzufrieren, gleich die Betriebe stillzulegen, wodurch die Wirkungen der Krise für die Arbeiterschaft unauflösbar verschärft werden.

Dr. Otto Bauer hat seine interessanten Ausführungen gemacht, um damit die gewerkschaftliche Taktik zu beeinflussen. In einer Exportindustrie ist dem gewerkschaftlichen Kampfe eine Grenze gesetzt, über die er nicht hinweg kann, nämlich die Grenze, daß die heimische Industrie sich auf dem Weltmarkt in freier Konkurrenz mit den ausländischen Industrien behaupten muß. Die Produktionskosten im Inland dürfen nicht höher werden als im Ausland, weil sonst die Waren nicht absetzen sind. Der gewerkschaftliche Erfolg wird deshalb immer abhängig sein von dem Verhältnis der heimischen Produktionskosten zu denen im Ausland. Aber nicht minder beachtlich sind die Bauerischen Ausführungen für die Lohnpolitik im Lager der Industriellen die die Verleumdung der Arbeiterschaft geradezu zu ihrem wirtschaftlichen Programm der Zukunft erklären. Denn in den Produktionskosten steht vor allem die heutige Mehrbelastung durch die sich auch bei eingeschränktem Betriebe gleichbleibenden Generalaufwendungen und weiter stecken in ihnen die ungeheuerlichen Magerzinsen, die der Unternehmer an den mobilen Kapitalisten für die notwendige Ueberlassung der Betriebsmittel zu zahlen hat. Sie Rhodus, die jalta! Dem Wiederaufbau des Vaterlandes wird nicht gebiert durch die Ausfrierung der Arbeiterschaft, bei der auch das Kleingewerbe unrettbar zugrunde geht, sondern durch eine gründliche Ausrottung des Mägers, dem heute der kapitalarme Betriebsunternehmer ausgeliefert ist.

(„Der sozialistische Unternehmer.“)

Gemütsmenschen.

Gemütsmenschen gibt es in allen Bevölkerungsschichten, bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern. — Die Arbeitgeber der schleifischen Granitindustrie beantragen mit vollem Ernst eine Herabsetzung der Lohnsätze um 15 Prozent, bei den Handwerkern sogar um 30 Prozent. Die Arbeitgeber der Basaltindustrie setzen diesen hierbei, da auch sie der Ansicht sind, daß die derzeitigen Löhne zu hoch, also unhaltbar seien. Die Herren wissen, wie sie selbst zugeben, daß die Preise täglich anziehen, teilweise bis zu 70 Prozent über den Preisen stehen, die zur Zeit des letzten Tarifabschlusses bestanden hatten. Sie wissen demgegenüber mit vollem Pathos vorzutragen, daß die Preise für die Produkte der Steinindustrie unbedingt höher als im Frieden sein müssen, weil da und dort den Arbeitgebern höhere Löhne auferlegt seien (Den Arbeitern wohl nicht?), weil auch wieder Betriebskapital angesammelt werden muß. (Der Arbeiter braucht nichts!) Dieses alles aber natürlich nur den Arbeitern zuliebe, da diese sonst nicht durchbeschäftigt werden könnten. Man produziert und arbeitet doch ständig nur, um den Arbeitern Lebensunterhalt zu schaffen, keineswegs um Profit zu machen. Beweise hierfür sind billig wie Brombeeren. So kauft eine Firma die Aktien eines Werkes auf, welches letzteres seit 25 Jahren keinen Pfennig Dividende gebracht hat. Wer's nicht glauben sollte, kann die Bestätigung beim Vorsitzenden des schleifischen Basaltbundes einholen. Man wirft fünf Arbeiter, natürlich die im Werk führenden, auf die Straße, nur um den übrigen Ruhe vor diesen roten Hengern zu verschaffen; man rät den Arbeitern, doch dem Verbands fernzubleiben, weil dadurch einige Groschen gespart werden können; außerdem fände man leichter Arbeit, wenn die Arbeiter nicht organisiert sind, kühlt diese also vor Arbeitslosigkeit. Man treibt durch seine Angestellten mittels Verleumdung einen ehrlichen Arbeiter zum Wahnsinn, wahrscheinlich, um ihm Not und Elend unflüchtig zu machen. Ueber letzteres später noch mehr! Man fährt nur Auto, trotz des Mangels an Betriebskapital, um im Interesse der Arbeiter Abfall zu schaffen. Man trinkt Basalt- oder andere Mischung an geistiger Flüssigkeit mit den Beamten der Baubehörden, fährt diese auch tagelang spazieren, immer wieder nur den Arbeitern zuliebe. Ja, man läßt trotz der Unrentabilität der Betriebe 9, 10, ja 11 Stunden arbeiten, manchmal sogar, obwohl man keinen Abfall hat. Der kleine Druck von diktatorischen Aushängen an der mit Recht schwarz bemalten Bestimmungstafel der Werke liegt gleichfalls im Sinne der Arbeiter, da es leider noch solche rückständige Arbeiter zu geben scheint, die sich nicht erheben können, daß alles nur in ihrem Interesse geschieht. Man sperrt wegen der Arbeitszeitfrage die Belegschaft aus, um die zu kurzen Ferientage zu verlängern. Man bringt Schnaps und Wurst in den Betrieb, um den Arbeitern geistige und leibliche Kost eigenhändig verabreichen zu können und dadurch die ständige Kopf- und Magenleere zeitweise zu beheben. Auch zoologische und andre Rufnamen hat man für die Arbeiter übrig. Kurz und gut, man wirft, sauft, raucht, bittet, schimpft und droht, entläßt, stellt Stahlhelme ein, sperrt aus, verleumdet und heuchelt, nur um den Arbeitern zu dienen.

Damit aber noch nicht genug der Fürsorgetätigkeit. Man sorgt sich auch um die so vielgeliebten Gewerkschaftsbözen. Diesen wehrt man den Zutritt zu den Betrieben und Brüchen, um sie vor — Unfallgefahr zu schützen; jenen läßt man schon vor dem Bruch Bescheid sagen, auch mitunter den Betriebsrat durch den Betriebsleiter herauszolen, um dem „Diebling“ den Weg zu ersparen, stellt auch Posten auf, damit er nicht auf falschen Wegen wandelt und dabei die Bruchwand hinabstürzt, versucht auch die physischen Kräfte des in allen Dingen verwöhnten Bözen zu stärken, durch Zuwendungen von lukullischen Dingen, und ist böse, wenn der einfältige Kerl die so gütgemeinten Zuwendungen ablehnt. Man meldet auch der Regierung, wenn der betreffende Angestellte Anzeichen einer schärferen Tonart zeigt, um ihn durch die Behörden auf den guten Ton stimmen zu lassen, preist ihn heute als verständigen Mann, nennt ihn den Arbeitern gegenüber morgen einen dummen und heuchlerischen Apostel, der seine Schafe aufheken müßte, so daß er auch

hierin wieder wählen kann, welche Schmeißel geten soll. Man kann kaum glauben, daß alle diese Ausflüsse der hochherzigen Unternehmerrückfrage auf Zweifel seitens der so gehätselten Arbeiter stoßen könnten. Undankbarkeit ist aber immer schon der Lohn für gute Taten. So liegen die Dinge auch hier. Der große Teil der Arbeiter beweist dies, indem er öffentlich und geheim zum Ausdruck bringt, daß alle das Getue der Herren nur der Profitgier und einer bösen Absicht entspringt. Nicht einmal vom Verbands wollen diese Unzufriedenen abgehen, obwohl man alle Türen zum Erlasserband, dem Ludendorffer Stahlhelm-Jungdo-Wehrwolf-Gebilde, offenhält. Es ist unglücklich, aber wahr. Wo doch angeblich Grafen, Ritter und Gutsbesitzer und deren Söhne so gern mit den Arbeitern auf Du und Du verkehren, Schießübungen, Saufereien, Brüggelien usw. halten wollen. Trotzdem sehen die Arbeiter nicht ein, daß sie eigentlich dorthin gehören, statt in den Zentralverband der Steinarbeiter. Selbst wenn ein Direktor in höchst eigener Person zur Stahlhelmversammlung schreitet, kommen die Luders (Arbeiter) nicht mit. Ob hiergegen nicht noch ein Serum erfunden werden kann, da doch die Hungerpeitsche allein nicht zu ziehen scheint.

Doch um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei festgestellt, daß einige Proleten sich schon haben ködern lassen. Für die ihnen zuwendenden Auszeichnungen und Körperübungen leisten sie Haus- und Reiterdienste, verraten mitunter auch ihre Arbeitskollegen, schweißwedeln (natürlich nur bildlich gesprochen) und darben — wie die andern; letzteres aber ohne Murren.

Die Angestellten solcher Betriebe überschlagen sich aus Angst vor dem Allmächtigen, ättern wie Esenlaub, wenn dieser auf der Bildfläche erscheint, und freuen sich, daß ihnen bisher noch die körperlichen Merkmale echter Männlichkeit belassen wurden. Dafür sind sie aber auch dankbar und zeigen dies durch möglichst kräftige Tritte nach unten. Es muß eine Lust sein, in solchen Betrieben, mit solchen geistigen Einwirkungen zu arbeiten. Daß die Dummen und Feigen nicht alle werden, hätte man auch ohne Kriechertum einiger Kollegen und Angestellten gewußt. Dünkelhafte Casarenggröße auf der einen, Hundemut auf der andern Seite, die Mischung wird gut sein, die Folgen kennzeichnen den Casaren. Wir organisierte Arbeiter als Objekt des durch obige Mischung erzeugten Krampfs — pardon, Kampfes, haben keine Ursache, uns vor den dadurch fälligen Brand- und Stinfbomben zu fürchten. Das Erste hält dem Fasschen stand, der Feige nur kneist vor dem Kampfe. So werden auch diese Größen mehr oder minder angenehme Erinnerungen hinterlassen. Gemütsmenschen, die glauben mit Hungerpeitsche und Konfusion eine Idee, eine von Geist und Mut besetzte Bewegung zu Tode heken zu können. Arme Schäter, auch die Zuhilfenahme des antisemitischen Schmutzlappens, der auch von einzelnen Arbeitgebern benutzt wird, um die Arbeiter scheu zu machen, wird nichts nützen. Schließlich sehen die Arbeiter doch, daß Christ und Jude einig sind, sobald es gegen die Arbeiter geht. Deshalb: Kampf euch allen, ihr derzeitigen Herren der Produktionsmittel, die Nullen sein würden, sobald die Arbeiterschaft sich ihrer Kraft bewußt wird. Auf der Basis der Dummheit der Massen steht eure momentane Macht. Diese Basis zu zerstören, das soll, das muß unse Aufgabe, die Aufgabe aller aufklärten Arbeiter sein. Damit komme ich zu den Gemütsmenschen unter unsern Kollegen. „Erst die Löhne höher bringen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen, die Arbeitslosigkeit verhindern, der Willkür der Arbeitgeber Schranken setzen, der schroffen Polizei oder Bruchmeister besitzigen, die andern Kollegen erst organisieren usw., dann werde auch ich in den Verband einreten.“ So und ähnlich lauten die Ausreden oder Bedingungen bei manchem Indifferenten, der zum Beitritt aufgefordert wird. Dann und wann kommt noch hinzu, daß man über den und jenen Verbandskollegen oder Angestellten dies oder jenes gehört hat.

Gemütsmenschen, die, wie die Arbeitgeber glauben, das Recht auf Teilnahme an allem zu haben, was andre erarbeitet, erkämpft haben. Obwohl sie noch keinen Pfennig für den Verband geleistet, keinerlei Energie und Opfermut zeigten, erklären solche Mitesser die Leistungen des Verbandes in Unterstützungsfällen für zu niedrig und nörgeln an allem.

Aus dem Wetterwinkel.

III.

Die letzten Wochen haben unseren Steinklopperleuten im Verbandsleben viel Stoff gebracht zur Aufrischung und Anspornung der organisatorischen Kräfte. Zementbund, Unternehmertagung, Internationaler Steinarbeiterkongress, Berufsstrantheit und dazu noch eigenes Erlebnis. Das wirbelt alles nur so durcheinander und nacheinander und muß erst „oberflächlich“, das heißt: „im ersten Stod“ für den täglichen Gebrauch gesichtet, verarbeitet und geschichtet werden. Bei dem einen Steinklopper vollzieht sich dies schneller und umfassender wie beim anderen und es kommt vor, daß mancher sogar die Hauptfrage, worauf es bei allen diesen Vorkommnissen ankommt, einfach vergißt. Ich, der Steinklopper-Hannes, gehöre nicht zu den ersteren und all meine Mühe wird mich nicht mehr in die Gruppe der schnell verarbeitenden und schnell fassenden aufsteigen lassen. Wer weiß, vielleicht war ich gar schon mal drin, ohne es zu wissen, dann bin ich eben langsam mit demselben Unwissen herausgerutscht. Nun glaube ich auch bestimmt, daß dieser Rutsch nach unten mit meinem Steinklopper-Metier zusammenhängt. Wie die allmächtige Wirkung dieses Metiers sich vollzieht, das hat der Arbeiterdichter Lesse vor vielen Jahren in seinem Steinklopper-Gedicht in einem Vers so treffend festgehalten, daß ich ihn zur Einprägung den unbeteiligten Steinklopfern hiermit wiedergebe:

„Kommen die Jahre, fließt langsam das Blut. Steine klopfen macht müde. Zunge und Arm, Hoffnung und Mut, 's ist als ob langsam man stirbe.“

Ja, so ist es in der Praxis unseres kümmerlichen Lebens, und wer nun gar von den Steinklopfern allzu reichlich Staub genossen hat, zumal jenen besonderen mit den scharfen und kantigen Ecken, der geht erbarungslos schneller ab wie andere; der erreicht nicht einmal das Alter der Durchschnittsterblichen in der Arbeitswelt, die von dem Durchschnittsalter der andern „besseren“ Sterblichen sowieso großen Abstand haben. Viel Staub, reichlich viel müssen ja alle Steinklopper schlucken, ob sie wollen oder nicht, und doch ist ein Unterschied darunter. Dies weiß niemand besser als wir Steinklopper aller Gattungen selber. Doch die Ärzte und alle sonst auf diesem Gebiet wirklich geschickten Leute und die, die nur so tun, gaderen bei dieser unersichtlichen Staub-Feststellung wie eine Henne, die jochen ein Ei herausgedrückt hat. Dabei weiß jeder, daß die Henne nur gibt, was alle Hennen vor ihr gaben, solange überhaupt dieses gadernde Federvieh existiert. Die geschickten Leute aber schreiben dann von „runden“ Staubpartikeln, die für die Steinklopperleute ungefährlich sind; sie schreiben sogar von Staubaub, der sich „auflöst“ im Steinklopper-Blut, und so geht das hochgelehrt im unverständlichen Deutsch in einem fort, bis schließlich von einer Staub-Todes-Gewehr der Steinklopperleute nichts mehr übrig bleibt. Das nennt man Theorie! Verbesserungsgedächtnisse an meiner Arbeitsstelle die Steinklopper-Todeskandidaten nach wie vor vorbei. Das ist halt die Praxis! Mannde dieser vom Staubaub-Abgempeelten haben im Laufe der vielen Jahre, wo ich in der Straße laure, meiner Klopferarbeit zugesaut, weil sie von den Steinen angezogen werden wie von einem Magnet. Sie haben mir erzählt von Hoffnungen und Enttäuschungen, von ihren Steinen, an denen sie mit Stolz gearbeitet haben, und wenn sie dann vom Lohn erzählen, klang es bitter. Das weitere mühte ich, ohne es aus ihrem Munde zu hören. Ihr persönliches Aussehen und ihr Hüfteln war — Steinklopperlos, Steinklopperkrankheit, gegen die es kein Aufhalten gibt. Sie alle haben gearbeitet, bis ihr Blasebalg gerissen, geschunden oder gar zersprungen war, und nicht ein einziger hat von seiner mörderischen Arbeit soviel ertrügen können, um die paar Steinklopper-Lebensjahre wirklich als Mensch durchleben zu können. Wer sich kein Heim hat schaffen können, bevölkert die Landstraße und dann: wie an der Lunge, so an den Trittschen,

an den Kleibern, fand man hier und da ein Loch. Finale: Spital — Schluß!

Und wenn ich jetzt wieder lesen konnte, wie unser Steinklopper-Verband immer von neuem versucht, diesen Kranken zu helfen, ihr Los zu erleichtern, und wie der Verband dabei immer wieder zurückgedrängt wird, weil die Behörden und amtlichen Aerzte erst noch prüfen, feststellen und deuteln wollen, dann, ihr anderen Steinklopper, paßt mich der Zorn über diese Verschleppung! Die doch nur unternommen wird, um abzuschwächen! Was seit Jahrzehnten offensichtlich zutage liegt, was in jedem Steinklopperdorf der Gemeindevorsteher aus seinen alten und neuen Registern beweisen kann, oder jeder eingeweihte Arzt an solchem Ort, was die Zahl der Steinklopperwitwen und -waisen längst belegt, das soll nochmals nachgeprüft und durchgecheckt werden? Meinem geraden und einfachen Gedankengang ist dieser Vorgang unfahrbar. Den Zorn darüber hüßten heute meine Steine, sie zerknirschen von den harten Schlägen in Grus und Funken. Aus diesem vorgeschriebenen Zerstückungswerk klingt klar und eindringlich heraus: Unser ewige Kampf, unser fester Wille für ausreichenden Lohn, ehe die zermürbende Krankheit alles zerbrückt. Dieser Kampf ist trotz aller Ablehnung ein Teil der großen Arbeiter-Klassen-Bewegung für Recht, Leben und Gesundheit um das Leben überhaupt erst wert zu gestalten. Dieser Kampf muß auch in den übrigen Ländern, allwo es Steinklopper gibt, geführt werden. Darum die internationale Verbindung, darum die Zusammenkunft in L u g a n o! Das ist so einleuchtend, so klar überzeugend in sich, daß alle Gegenmeinungen, die darüber auftauchen, — auch vor kurzem aus einem Bezirkskongress-Bericht im „Steinarbeiter“ herausklangen —, so schnell erlöschen, wie sie auftauchen. Genau wie „meine“ Funken beim Steinklopfen.

Die Steinklopper-Unternehmertagung in Heidelberg war bannig mager, wenigstens in ihrem Presseergebnis. Dabei übergebe ich absichtlich das geschilderte „gemüthliche“ Beisammensein, wo man in wälderländlich-rührliger Weise das schöne ehrwürdige und stolze Heidelberg schön angequollt und angesprochen hat. Dabei wurde reichlich geistiger Spiritus in Reden vor sich gegeben. Ich hätte hier ebenso richtig „Spiritus“ schreiben können. Doch einmal klingt „Spirit“ geistiger und dann war ich nicht ganz sicher, ob hier nicht der Rebakteur eingreift, um den Ton oder die Grenze einzufahren. Wenngleich auch beide Bezeichnungen mit Destillieren verwandt sind. Wer es versteht, auch zwischen den Zeilen „über Heidelberg“ zu lesen, der vernimmt etwas vom dauernden Kampf der Unternehmer unter sich. Kampf deshalb, weil der eine oder die eine Gruppe das Verdienen noch größer schreiben möchte wie der andere oder die andere Gruppe. Unsere Zeitung hat darauf kürzlich schon einmal treffend hingewiesen. Wir Steinklopperleute wissen, daß der frühere Konkurrenzkampf nichts an Heftigkeit eingebüßt hat, nur spielt er sich jetzt mehr unterirdisch ab oder auch hinter den Kulissen. Wir wissen aber auch noch, daß das Steinklopper-Arbeiterleben im aufsteigenden Sinne und sonstiges Steinklopper-Arbeiterleben bei diesem Kampf keinen Raum hat, das ist überhaupt bei den Unternehmern Nummer — Nichts. Längere Arbeitszeit ist ihr Prinzip, weniger Ueberzeugung. Vor mehreren Jahren, ich glaube es war 1921, da schrieb ich ein Steinklopper-Großklopp aus der südwestdeutschen Ecke in seinem Mäandern Leibblatt eine längere Abhandlung, worin geklagt wurde über Großkloppnot und managelhaftes Durchhalten der besseren Steinklopperleute in schlechter Zeit. In dieser Abhandlung war der folgende prophetische Satz enthalten: „... Kaiser als man glaubt, wird es in Deutschland keinen bedeutenden Steinbruch und keinen Steinarbeiter mehr geben.“ So falsch scheint mir das durchaus nicht zu sein, denn die Stein-Magnaten oder -Großklopfe, wie ich sie auch nenne, steuern direkt darauf zu. Sie glauben ihre Klopferleuten nur in Gang halten zu können und hochzubringen auf dem Buckel „ihrer“ Klopfer, und ich — Hannes — weiß nach alledem mit tödlicher Sicherheit, wenn diese Steinmagnaten über den Gesundheitszustand der Steinklopperleute ausgefragt werden, sie gewiß sagen: „Das ist lange

nicht so schlimm!“ und sie werden weiter sagen: „Wenn wir nicht an den Steinklopper-Betrieb gebunden wären, klopfen wir selber Steine und würden uns bei dem hohen Lohn viel besser stehen wie jetzt!“ So treiben diese Stein-Großklopfe es mit noch anderen Mitteln dahin, daß niemand mehr zum Schlägel greifen will; denn hungern und zugrundegehen kann man schließlich auch anderweitig, ohne die Steinbroden und -bollen zu formen und blankzupugen.

Nun kommt gar noch der Zementbund und will mich, den Steinklopper-Hannes aufs Altenteil setzen. Leicht wird ihm das Verdrängen nicht werden. Seine angeblich „neue“ Straßenbau-Idee ist durchaus nicht neu, wie der Rebakteur schon nachgewiesen hat, sie wurde nur als solche hingestellt, um desto mehr zu verdienen. Mir liegt es nicht, mich gegen Fortschritt zu wenden, aber wenn ich so von meinem Arbeitsplatz auf die tabellelos beschotterte Straße entlang schaue und mir dann vorstelle, daß sie künftig aus einem Zement-Beton-Guß zurechtgeparpt sein soll und nicht mehr durch Walzendruck und Solidität „meiner“ Steine mit Sand und Wasser, dann schweifen meine Gedanken nach den Orten, wohin die Straßen führen, in denen die anderen verwandten Leute der Steinklopper kein eigenes Dach überm Kopf haben, und zusammengepreßt, der Sitte und Moral zum Hohn, wohnen. Da wäre es gewiß richtiger und praktischer, wenn der Zementbund auf diesem Gebiet mit einem großzügigen Programm an die Öffentlichkeit tritt. Alle Wohnungslosen und -armen hätten dann gewiß darüber eine unbändige Freude. Aber nein! Der Zementbund will den überflüssigen Zement an Hinz und Kunz abtreten, um die Straßen zu verschandeln. Warum? Nun hier laßt der große Verdienst, dagegen beim Wohnungsbau führt der kleine Verdienst ab. Also immer dasselbe Lied von der alten angeborenen Menschheits-Krankheit: „Je mehr er hat, je mehr er will!“ — Mit meinem mir vorgelesenen Straßenmeister habe ich vor einiger Zeit auch über das Zement-Beton-Straßenbauprojekt gesprochen; dachte der wäre schon besser unterrichtet wie ich, habe jedoch davon nichts bemerkt. Erst der Steinarbeiterartikel brachte ihn, meinen Vorgesetzten, auf die richtige Fährte. Den hat er sogar mehreremal durchgelesen, währenddem ich die Chausseesteine formte. Dann meinte er, daß sei weiter nichts wie der artpangelegte Verlust eines Kischages des Zement-Kapitals zu dessen Vermehrung, wobei die Nachleute des Straßenbaues nach ein gewichtiges Wort mitzusprechen hätten. Na, das ruckte ich bereits von anderer Seite, doch, so meinte mein Vorgesetzter: Er — der Straßenmeister — wolle denen schon befüringen, was Beschotterung gegen Zement-Beton für Vorteile habe. Von den Pflastersteinen aus Basalt, Granit, Grauwacke, Melaphyr usw. wolle er erst gar nicht reden. Dann masselte er noch von wälderländlicher Fiktion, den deutschen Stein zu verwerten. Die Löhne kenne ich von ihm und weiß, wie sie enden. Trotz allem Respekt, den man nun einmal vor den Reden eines Vorgesetzten haben soll, konnte ich meinen Hammer nicht mehr zügeln, er sauste auf und ab, so daß Broden auf Broden purzelte und die nationalen Schmerzen nicht zur Geltung kamen. Mein Straßenmeister verschwand mit gemüthlichem Schritt, so wie richtige Vorgesetzte sich beschleichen zu gehen. Den „Steinarbeiter“ aber hat er behalten ohne mich zu fragen, das ist auch so eine Vorgesetztenmanier. Doch zürnen tue ich deswegen nicht, habe vielmehr den Wunsch, daß er ihn nun richtig lesen möge, vielleicht kann er dadurch von seinem nationalen Himmel geheilt werden. Und wenn er will, gebe ich ihm künftig jede gelesene Nummer, auch dann, wenn etwas drin steht von

Steinklopper-Hannes.

Das Weltgeheimnis — nehmts mir's nicht übel, Vergleich ich einer großen Zwiebel. Wer Schal' um Schale sich auch befehnt, Dem werden die Augen übergehnt. Paul Segle.

Betrogene Gemütsmenschen, die Kollegen einer Firma, die dem Arbeitgeber glauben, daß er ihnen die Tarifhöhe auch ohne Verbandszugehörigkeit bezahlen werde, und jetzt 30 bis 40 Prozent darunter arbeiten müssen.

Gemütsmenschen, die Kollegen einer andern Firma, die mich aufforderten, den Schlichtungsausschuß anzurufen, und zum Termin den Betriebsrat, als Vertreter des Arbeitgebers, mit Vollmacht ausgestattet, gegen mich losließen.

Gemütsmenschen, die Kollegen, die in Zeitungen und Revolverblättern verleumdete und dann darüber klagen, daß sich der Verleumdete zur Wehr setzt, und auf einen Schelmen andert-Halbe setzt.

Gemütsmenschen, die Kollegen, die glauben, durch gegenseitigen Kampf untereinander den Arbeitgeber zu treffen und zu bekämpfen, oder diesem etwas abzurufen.

Gegen diese rücksichtslosen, feigen oder rüchständigen Gemütsmenschen muß unsere Arbeit gerichtet sein. Den Arbeitgebern Kampf bis zur Erreichung unserer Ziele, einer dem Wohle der Allgemeinheit dienenden Wirtschaftsform unter Ausschaltung der Parasiten. Den feigen und rüchständigen, indifferenten Kollegen Aufklärung und Energie. Revolution in das Lager des Indifferentismus, dann und nur dann wirkliche, dauerhafte wirtschaftliche und politische Revolution.

Kleinarbeit, wie früher, Arbeitslust für das politische und gewerkschaftliche Ziel, gegenseitiges Vertrauen und Zusammengreifen hilft aus dem Gemütsmenschen Verstandesmenschen zu machen. Gemütsmenschen unserer Klasse ermöglichen erst solche der bemittelten Klasse. Die Wurzel alles Übels ist die Dummheit der Massen. Diesen deshalb Kampf durch Aufklärung an der Arbeitsstelle, am Bierisch, in Versammlungen, bei Hausagitation und allen andern Gelegenheiten. Die Gemütsmenschen im Arbeitgeberlager werden wir dann schnell überwunden haben. Kampf ist Leben!

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik in Mainz; in Buchanan (Eisenfeller Steinwerke); in Halle (Steinmehlen); in Leipzig (Marmorarbeiter). Im Straßenbau: Leitisch, Zeiß, Merseburg, Halle, Dessau, Erfurt bei den Firmen Spieß, Döring, Feldmann, Keutterling, Altenburg (Aussperrung), Halberstadt, Calbe.

Gesperet. In Friedberg (Hessen) Platz der Firma Damm. Freiburg a. B. Anstalt für Steinmehlen. In Ahtim b. Bremen (Firma Brillacke).

Zugung fernhalten: Von Raunmünzsch im Murgtal (Schwarzwald). Es kommen hier die Betriebe der nachstehenden Firmen in Frage: Meier, Geiser und Trentini. Von Herdecke und Umgebung. Von Wien (Oesterreich) Malabasterbildhauer- und kunstlerische Arbeiter. Von Steinmehlen nach Freitalthal Anhalt, Kreis Calbe, Kreis Halberstadt, Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt. Auskunft erteilt Gauleiter Kollege Göhre in Halle.

Erledigte Lohnbewegungen: In Torgau zweitägiger Streik im Straßenbau. Erfolg: Steinseher 90 Pfg., Kammer 85 Pfg. Stundenlohn. — Nürnberg (Marmorarbeiter), Kassel.

Köln I. Die Steinmehlen der Kunststeinbranche stehen seit dem 4. Oktober im Streik. Gefordert werden 30 Prozent über den Tariflohn. Der Stundenlohn in der Kunststeinbranche beträgt 1 M. Bis jetzt sind alle Verhandlungen für die Kunststeinbranche gescheitert, deshalb werden die Kollegen, besonders aus dem Mayener Gebiet, ersucht, den Zugang von Köln fernzuhalten.

Ueber Wochenhilfe und Weiterversicherung schreibt uns der Kollege Otto Groß aus Schilderhain folgende beachtenswerte Zeilen: Gen. Gertrud Hanna legte in einem Artikel über die Wochenhilfe der Krankenkassen den weiblichen Mitgliedern dieser Kassen ans Herz, sich durch die sogenannte „freiwillige Weiterversicherung“ beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ihre Rechte auf die Wochenhilfe zu sichern. Dieser Hinweis besteht voll und ganz zu Recht, nur hat die Genossin vergessen, hinzuzufügen, daß die Anmeldung der freiwilligen Mitgliedschaft innerhalb 3 Wochen, also 21 Tage nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung, erfolgen muß, andernfalls die Krankenkassen die Aufnahme als freiwilliges Mitglied ablehnen können. Also rechtzeitige Anmeldung ist die Hauptsache mit. Außerdem dürfte noch zu bemerken sein, daß für die Zahlung der Wochenhilfe durch die Krankenkasse eine bestimmte Mitgliedsdauer, die allerdings bei verschiedenen Kassen abgeleitet sein kann, Voraussetzung ist. Diese Mitgliedsdauer muß betragen haben in den letzten 2 Jahren vor dem Geburtsfall 10 Monate, und von diesen 10 Monaten müssen 6 Monate im letzten Jahre liegen. Nur dann, wenn diese Vorbedingung erfüllt sind, müssen die Krankenkassen die von Gen. G. angeführten Leistungen übernehmen. Aber das hier Gesagte trifft nicht nur für weibliche Mitglieder zu, sondern in demselben Maße auch für alle verheirateten männlichen Mitglieder der Krankenkassen. Auch diese haben also die unbedingte Pflicht, ihre Mitgliedschaft beim Ausscheiden aus der Beschäftigung durch die freiwillige Weiterversicherung aufrecht zu erhalten, da ja die Krankenkassen auch den Ehefrauen, resp. auch die in der häuslichen Gemeinschaft lebenden Töchter usw. die Wochenhilfe zu gewähren haben. Besonders die erwerbslos werdenden Arbeiter müssen darauf achten, daß sie eintretendenfalls von ihrer Gemeinde zur Krankenkasse angemeldet werden. Wir sind eine ganze Anzahl Fälle bekannt, daß den Erwerbslosen durch das Versäumnis in dieser Beziehung ihre Rechte verloren gegangen sind, und sie später erst nach langen Scherereien durch die sogenannte Reichswochenhilfe, die ja nun leider auch noch unlieblich geändert ist, eine Hilfe erhielten. Die Kassenvorstände haben das Recht, die sich freiwillig weiterversichernden Kassensmitglieder auf Antrag in eine niedrigere Klasse (Stufe) einzureihen, falls die Verhältnisse des Antragstellers dies erfordern, und dies ist wohl in den meisten Fällen Tatsache.

Steinseher und Pfasterer.

Brühl. Hier hatten wir bis 1923 die Kollegen reiflos organisiert, und waren diese der Zahlstelle Köln angeschlossen, doch durch den vorjährigen Beschluß in Köln, daß der Bauergewerksbund die Geschäfte der Pfastererorganisation besorgen sollte, waren die Kollegen in Brühl der Organisation verlorengegangen, da sich niemand um sie kümmerte. Nun waren die Kollegen doch zu der Ansicht gekommen, den Anschluß an die Organisation wieder zu suchen. In der am 20. Oktober stattgefundenen Versammlung erklärten alle Kollegen nach kurzen Ausführungen des Gauleiters wieder ihren Beitritt. Beschlossen wurde, jeden ersten Mittwoch im Monat die regelmäßige Versammlung abzuhalten. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Peter Schwister, Bonner Straße 68, und zum Kassierer Kollege Heinrich Gramitt, Heblarer Straße 68, gewählt.

Gera. Für den Bezirk Gera ist nach ziemlich erregter Verhandlung und nachdem die im Straßenbauverzug beschaffigten Kollegen die Arbeit zwei Tage ruhen ließen, eine Lohnvereinbarung, geltend bis zum 31. Dezember d. J., getätigt worden, wonach ab 15. Oktober der Stundenlohn für Steinseher auf 1.08 M., und ab 1. November auf 1.10 M. festgesetzt wurde. Die Lohnsätze für Kammer und Steinseherhelfer stehen um je 2 Pfg. niedriger. Nach Ansicht der Arbeitgeber soll eine Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht vorliegen, und im übrigen wurden wir darauf verwiesen, erst in den Nachbarbezirken die Lohnsätze auf das Lohnniveau von Gera zu bringen. Eigenartig, recht eigenartig erscheint uns der Unternehmervorstoß, um so mehr, als dasselbe Argument in allen andern Verhandlungen gleichfalls gebracht wird. Daß sich unsere Verbandsmitglieder auf eine solche Parole nicht einlassen können und werden, ist selbstverständlich, was sich denn auch im Bezirk Gera durch eine Arbeitsniederlegung auswirkte.

Bezirkskonferenz des Tarifbezirks Niederlausitz. Am 12. Oktober fand in Kottbus eine Bezirksvertreterversammlung statt. Vertreten waren die Filialen Kottbus mit 4, Guben mit 2, Spremberg mit 2,

Forst mit 1 und Züllichau mit 1 Delegierten. Als Vorsitzender wurde Kollege Neumann-Spremberg und als Schriftführer Kollege Raschla-Kottbus gewählt. Gauleiter Schulze schiedert in längeren Ausführungen die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgeberorganisationen und hebt dabei hervor, daß die Arbeitgeber die Hoffnung, die Gewerkschaften niederzuringen, noch immer nicht aufgeben. Sie versuchen erneut, die Erfolge der Gewerkschaften wieder zu beseitigen. Als ein solcher Versuch ist auch die Kündigung des Tarifs dieses Bezirks durch die Arbeitgeber anzusehen. Ein betrübliches Zeichen ist, daß die Interesslosigkeit in diesem Bezirk noch recht groß ist; dadurch wird die Macht der Arbeitgeber wesentlich gesteigert. Es muß deshalb der Ruf, an der Organisation festhalten und alle Pflichten zu erfüllen, immer wieder in allen Filialen den nötigen Widerhall finden. — Gals-Guben legt der Versammlung die Absichten der Unternehmer klar, die nur bereit sind zu werden, wenn wir einig sind. — Raschla-Kottbus betont, daß die Arbeitgeber Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit wollen, nur um ihren Profit zu steigern. Aber auch wir wollen unsere Arbeit anständig bezahlt haben, um als Menschen leben zu können. Dies machen uns die Arbeitgeber immer wieder streitig, deshalb haben sie auch den Tarif gekündigt. — Nach weiteren längeren Ausführungen des Kollegen Fest-Guben und verschiedener anderer Redner wurde über Verbesserungen des Tarifs beraten. Der bisherige Tarifvertrag dient als Grundlage. Die Arbeitszeit soll 48 Stunden betragen. Es soll an Sonnabenden eine halbe Stunde früher Arbeitsbeginn sein, aber der Lohn für volle 48 Stunden zur Auszahlung kommen. Die Erholungspausen der Steinseher sollen von 10 auf 15 Minuten verlängert werden. Da die Preise noch wesentlich über den Preisen von 1914 stehen, sollen folgende Löhne gefordert werden: Steinseher 100, Kammer 85, Arbeiter 65 Pfennig pro Stunde. Die Filiale Züllichau stellt den Antrag, daß die Spanne zwischen Steinseher- und Kammerlohn nur 5 Pfennige betragen soll. Dieser Antrag wird der Verhandlungskommission überwiesen und wird diese im Sinne des Antrages mit den Arbeitgebern verhandeln. Für Ueberstunden werden 50 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag zum Lohn gefordert. Die sechzehn Ueberlandzuschläge sollen in prozentuale Zuschläge umgerechnet werden. Junggelesen sollen vollen Lohn erhalten. Vor hohen Festen endet die Arbeit zwei Stunden früher ohne Lohnabzug. § 4 bleibt, § 5 fällt weg, § 6 und § 7 bleibt, § 8: Von den Arbeitgebern sind 5 Prozent in die Wohlfahrtskasse zu zahlen. § 9 und 12 bleiben ebenfalls. Als Vertreter in das Arbeitsamt werden Fest-Guben und Neumann-Spremberg gewählt. Die Wohlfahrtskasse soll wieder aufgerichtet werden. Für die Delegierten der Konferenz sind aus den Filialklassen einseitlich 4 M. Spesen und das Fahrgehalt zu vergüten. Zum Schluß macht der Vorsitzende nochmals auf die unbedingte Zugehörigkeit zum Verbands und die Erfüllung der Tarifbestimmungen sowie das pünktliche Zahlen der Beiträge aufmerksam.

Steinarbeiter.

Bezirkskonferenz in Herdecke (Ruhr). Seit langer Zeit tagte am 5. Oktober wieder eine Bezirkskonferenz in Herdecke. Fünf Zahlstellen hatten Delegierte entsandt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Abschließung eines Bezirkslohnvertrags für alle in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter; 2. Verschiedenes. Kollege Braun schilderte die allgemeine Lage in der Steinindustrie, hauptsächlich die Verhältnisse im Ruhrkohlenlandsteingebiet. Redner triffte die bisherigen Lohnkämpfe der Kollegen aus dem Ruhrgebiet und deren Lage in den verschiedenen Bezirken. Er erklärte, daß der Unternehmerverband beim Berufsamt Düsseldorf die Einreiseerlaubnis für Italiener beantragt habe, wogegen er sofort die notwendigen Schritte unternommen habe. Die Annahme eines Pfasterer- und Glieder-Tarifs für das Ruhrgebiet lehnten die Unternehmer aus dem Grunde ab, weil sie sich mit der Gliederberechnung nicht zurechtfinden könnten. Bei Lohnverhandlungen bringen die Unternehmer immer den Verdienst der „Oberwächter“ als Unterlag. Wie sehr sich diese Kollegen selbst schädigen und andre mit, das ziehen sie nicht in Betracht. Doch einmal kommt die Zeit, wo sie ihre Arme nicht mehr so kräftig heben können, dann kommt die Neue zu spät. In der Lohnfrage erklärt Kollege Braun, einen Bezirksstarik für das ganze Ruhrlandsteingebiet abzuschließen, er legt den Kollegen besonders ans Herz, dahin zu wirken, daß die Unorganisierten auch in unsre Reihen treten, wodurch uns der Lohnkampf wesentlich erleichtert wird; diese Kollegen müssen dazu beitragen, wenn sie ernten wollen und sich nicht auf die organisierten Kollegen verlassen. Ferner betonte der Redner, in Versammlungen die noch im Hintergrunde stehenden Kollegen für die Agitation aufzuheben, damit auch alle in der Steinindustrie schaffenden Kollegen sich in der Organisation vereinigen. Darauf spricht Kollege Noos für einen auskömmlichen Stundenlohn für Steinmehlen, während für Stöber und Ripper ein Affordarist durchgeführt werden soll. Kollege Steinleitner (Schüren) ist für die Durchführung eines Bezirks-Tarifs für die Pfaster- und Schotterindustrie, betont aber, daß bei der Lohnverhandlung dahin gewirkt wird, daß für die Betriebe an der oberen Ruhr 10 Prozent über Tarif gegenüber der unteren Ruhr gezahlt werden soll, da das Bohrmaterial weit ungünstiger ist. Nachdem sich die Delegierten über die Tariffrage ausgesprochen haben, schlägt Kollege Steinleitner vor, eine Kommission zu wählen, die am gleichen Tage noch einen ausführlichen Affordarist ausarbeiten soll. In der weiteren Diskussion betont ein Kollege, für Pfaster- und Schotterindustrie wäre der Affordarist angebracht, über für Steinmehlen soll versucht werden, bei den einzelnen Unternehmern einen Stundenlohn-Tarif abzuschließen, um eine Grundlage für eine Lohnverhandlung zu schaffen. Da im Ruhrgebiet eine gute Konjunktur einsetzt, handelt es sich nur um die Entschlossenheit der Kollegen, um etwas Gutes auf der kommenden Verhandlung herauszuholen. — Hierauf trat die Tarifkommission zusammen und arbeitete einen Bezirksaffordarist für die Pfaster- und Schotterindustrie aus. Ueber die Durchführung des Tarifs soll so schnell wie möglich mit den Unternehmern verhandelt werden. Ferner wurde das Verhalten des Bezirksleiters Fritz v. Reith (Mülheim) gerügt, wodurch die Herdecke Kollegen in der Inflationszeit sehr geschädigt worden sind, weil der Kollege das Ergebnis einer Lohnverhandlung erst 14 Tage nach der Verhandlung den Herdecke Kollegen mitteilte, nachdem in der Zwischenzeit das Geld schon wieder wertlos geworden war. So haben sich mehrere Fälle wiederholt. Um sehr bald das Resultat zu erfahren, hatte die Zahlstelle Herdecke sogar ein Telegramm mit Rückantwort an den Kollegen Reith geschickt, was aber vom Bezirksleiter unbeantwortet blieb. Grund dieses Zuschuldens ist die Tätigkeit des Kollegen v. Reith bei Lohnverhandlungen erschlossen. Zum Schluß der Konferenz erwähnt Kollege Braun alle anwesenden Kollegen, für die Interessen des Verbands einzutreten und als erste Pflicht die unorganisierten Kollegen in die Gewerkschaft hineinzubringen, worauf die Konferenz vom Kollegen Noos geschlossen wurde.

Kiel. Versammlung der Steinarbeiter am 8. Oktober 1924. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Aufnahme. — Mitteilungen. — Abrechnung vom 3. Quartal. — Wie stellen wir uns zum Nachtrag zum Statut? — Verschiedenes. Aufgenommen wurde der Steinmehler Alfred Rechini, der seine Lehrszeit beendet hat. Unter Mitteilungen gibt der Vorsitzende bekannt, daß der Gauleiter Gökemeyer an der Versammlung nicht teilnehmen kann wegen anderer Verpflichtungen. Die Mitglieder werden dann nochmals daran erinnert, daß die Extramarke, die von der Zentralkasse sowie vom MGB. herausgegeben sind, geklebt werden müssen. Unsre Fahnendeputation hat an der Bannerweihe der Galtwirtsgehilfen teilgenommen. An Stelle des auswärts arbeitenden Kassierers gibt der Vorsitzende die Abrechnung. Die Zahlstelle zählt 134 Mitglieder. Der Gesamtkassenstand beträgt 337 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Eine längere Debatte brachte der Nachtrag zum Statut. Es wurde mehrfach hervorgehoben, daß die Unterhaltungsätze den heutigen Preislagen entsprechend nicht hoch genug seien; ferner, daß die Staffeln der einzelnen Jahresklassen zu hoch bemessen ist. Es wurde hierauf folgende Entschlußfassung angenommen: „Die Versammlung

der Steinarbeiter Kiels hat Kenntnis vom Nachtrag zum Statut genommen. Leider können wir uns mit den abgefaßten Unterhaltungsätzen nicht einverstanden erklären. Wir behalten uns vor, zum kommenden Verbandstag die nötigen Einwände sowie weitergehende Anträge vorzubringen.“ — Im Verchiedenen wurde noch darauf hingewiesen, daß die Maßhalteten häufig eine Bücherkontrolle abhalten sollen.

Seebach. Quartalsversammlung am 12. Oktober im Adler. Der Kassierer, Kollege Heimerl, gab den Kassenbericht vom 3. Quartal, der für richtig befunden wurde. Dann wird vom Kollegen Heimerl Bericht erstattet über die Tarifamtsprüfung vom 22. September in Karlsruhe. Es kommt in der Diskussion zu einer lebhaften Debatte über das Verhalten der Unternehmer, da diese sogar die minimale Lohnerhöhung von 7 Prozent, die uns vom Tarifamt zugesprochen waren, abgelehnt haben. Die Debatte ging so weit, daß sie in persönliche Angriffe auszuarten drohte, denen hauptsächlich der 1. und 2. Vorsitzende, die Kollegen Bielmeyer und Bauer, ausgeht waren. Die beiden Kollegen wollten auf Grund dieser Angriffe ihre Funktionen niederlegen, und es ist dem vernünftigen Eingreifen einiger Kollegen zu danken, wenn der Zahlstelle die sich kaum von der letzten Krise etwas erholt hat, weitere Kalamitäten erspart geblieben sind. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung stellt fest, daß die Kollegen Bielmeyer und Bauer unerschütterlich angegriffen worden sind und schenkt ihnen als 1. und 2. Vorsitzenden der Zahlstelle volles Vertrauen.“ — Es wird dann zur Beiratskonferenz Stellung genommen und vieles davon gutgeheißen, aber auch manches kritisiert. Im allgemeinen ist man der Auffassung, daß ein Verbandstag eher angebracht gewesen wäre, damit auch den Kollegen aus den einzelnen Zahlstellen die Möglichkeit gegeben wäre, bei so wichtigen Entscheidungen mitzuwirken. Am Schluß gibt der Vorsitzende noch einige Erläuterungen zum Statut und fordert die Kollegen mit martigen Worten auf, ihre Pflicht als Verbandskollegen auch nach dieser Richtung hin zu tun. Außerdem werden die auswärtigen Kollegen, die im Zahlstellenbereich Arbeit nehmen wollen, darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns in einer Lohnbewegung befinden, und es daher unbedingt notwendig ist, ehe sie in Arbeit treten, erst Erfindigungen bei der Ortsverwaltung einzuholen.

Schopplach. Mitgliederversammlung vom 12. Oktober. 1. Bericht von der Gaukonferenz in Nürnberg durch den Kollegen Grimm. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt berichtete der Delegierte Grimm ausführlich. Nach dessen Ausführungen meldeten sich dann einige Kollegen zum Wort und vertraten die Meinung, daß die Unterhaltungsätze wieder eingeführt werden müßten, da solche wahrhaftig nicht schädigend wirken. Daß der Steinarbeiterverband eine Kampforganisation ist, ist doch selbstverständlich, denn die zu Unterhaltungsätzen benötigten Mittel werden doch eigentlich teilweise erhoben durch die Erwerbslosenmarken. Weiter wurde von den Kollegen die Meinung vertreten, daß die zur Gaukonferenz eingereichten Beschlüsse unnötig waren, denn Änderungen konnten nicht vorgenommen werden, weil die Beiratskonferenz zuvorgekommen ist und die Anträge für den nächsten Verbandstag aufgearbeitet werden müssen. Es könnte also für die beiden Gauen nur eine gründliche Aussprache gemein sein. Beim zweiten Punkt berichtete der Kassierer Grimm über die Kassenverhältnisse, deren Begutachtung durch die Revisoren, Kollegen Koch und Karl Grimm, bestätigt wurde. Im dritten Punkt wurde erwähnt, daß Kollege Wilhelm Mutschler von Schnelldorf sich am 27. Juli 1924 in der Zahlstelle Schopplach aufnehmen ließ. Seinen Eintritt sowie einen Beitrag hatte er bezahlt und seither sich nicht mehr sehen und hören lassen. Er wurde von seiten der Kollegen schon öfter aufgefordert, zu zahlen. Im Statut, § 3, Absatz 5, heißt es: Wer länger als 8 Wochen mit seinen Beiträgen ohne Stundung im Rückstand ist, wird aus dem Verband ausgeschlossen werden. Mithin ist der Kollege Wilhelm Mutschler als ausgeschlossen zu betrachten. Seine Interimskarte liegt bei uns. Wir eruchen sämtliche Zahlstellen, bei einer etwaigen Aufnahme dem Kollegen eine exemplarische Strafe aufzuerlegen, da er schon öfter organisiert war.

Chemnitz. Das Ergebnis der Beiratsprüfung wurde in der vorhergehenden Versammlung eingehend besprochen. Obwohl laut zentraler Bekanntmachung an den gefaßten Beschlüssen nichts zu ändern ist, wurde nachstehende Resolution dem Zentralvorstand anheimgestellt: „Verbandskollegen, die verunglückt, haben von 1—3 Jahren Mitgliedsdauer daselbstes Sterbegeld zu bekommen wie Kollegen, die über 3 Jahre organisiert sind. Der Beitrag, der zuletzt geleistet wurde, soll maßgebend sein.“ Längere Debatte beantragte das Verhalten des Unternehmers Auriß, der mit Vorliebe Unorganisierte, die es leider bei uns noch gibt, beschäftigt. Der Vorsitzende, Kollege Kunath, wird bei Auriß vorstellig, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn er sein Verhalten nicht ändert, wir ihm den Platz sperren. Die drei Kollegen, welche dort beschäftigt sind, haben, wenn sich Auriß sträubt, Unorganisierte unserem Verbande zuzuführen helfen, den Platz zu verlassen, da anderweitig Beschäftigung vorhanden ist. Auf Antrag des Kassierers Hartmann haben auswärtige Kollegen, die in Chemnitz arbeiten, auch in Chemnitz die Beiträge zu entrichten. In der Oktober-Versammlung meldete sich der Steinmehler Böhm von neuem zur Aufnahme. Böhm hatte, da er glaube unsern Verband nicht mehr zu benötigen, ihm ohne Abmeldung den Rücken gefehrt. Trotz mehrfacher Aufforderung brachte er keine Papiere nicht in Ordnung. Es wurde ihm eine Buße von 50 Mark auferlegt, die in 3 Raten zu tilgen ist. Die Vierteljahres-Abrechnung verlas Kollege Stoi. Auf Antrag des Revisors Tienelt wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zwecks Abhaltung einer Bezirkskonferenz in Chemnitz mit der Tagesordnung: Richtlinien zum Verbandstag, Lohnpolitik, Verschiedenes, hat der Zahlstellen-Vorsitzende Auriß die in Frage kommenden Zahlstellen benachrichtigt. Zur Anschaffung eines roten Banners beschloß man eine Sammelliste zirkulieren zu lassen, auf der als erster unser Herbergsater Rätter Josef 10 Mark zeichnete. Weiter wurde einstimmig beschloßen, einen „Verschmelzungs“-Ball mit den Steinmehlern am 6. Dezember im Volkshaus abzuhalten. Auch Gesehligkeit geht zu unserm Dasein. Der Tarif der Werkstein- und Grabmal-Gruppe ist um 5 Pfg. erhöht worden. Im Marmorfach sträuben sich die Unternehmer, auf Grund der Teuerung eine Lohnzulage zu bewilligen. Sie geben an, nicht mehr konkurrenzfähig mit auswärtigen Firmen zu sein. Im äußersten wollen sie uns, wenn in Leipzig etwas herausgeholt wird, den Leipziger Tarif zahlen. Nun befürchten wir aber, die Leipziger Unternehmer werden auf Chemnitz hinweisen und bewilligen dort auch nichts. Bei guter Konjunktur sind die Marmorarbeiter genötigt, am Hungerstuche zu nagen.

Rundschau.

Am 7. Dezember 1924 Neuwahl zum Reichstag. Endlich nach wochenlangem, blamablem, unfruchtbarem Hin und Her der rechtsstehenden Parteien, um in die Regierung hineinzukommen, wurde die Auflösung verfügt. Unsre Verbandsmitglieder haben nun in Gemeinschaft mit der übrigen Arbeiterschaft die Zeit auszunutzen, damit im kommenden Reichsparlament die Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien zunichte gemacht wird und die nationalsozialistische Reaktion nicht triumphiert. Es steht viel auf dem Spiel! Die Lastenverteilung aus dem Dawes-Pakt in London greift in die gewerkschaftliche Sphäre, weil die Lebenshaltung bedroht ist. Da es durchaus nicht gleichgültig, wie die Gesetzgebungsmaschinerie funktioniert und wer sie antreibt. Der erledigte Reichstag war kein Glanzstück, er war die Frucht der Inflation und all der aufgeregtesten Leidenschaften während der letzten Jahre. Ein solches Zerbild parlamentarischer Vertretung darf nicht wiederkommen. Kollegen, beachtet das! Arbeitet dementsprechend in euren Kreisen, damit am 7. Dezember die deutsche organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft sich der Zusammensetzung des Reichstages nicht zu schämen braucht.

Unfallverhütungspropaganda durch das Bild. Wie bekannt, hat die beim Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften eingerichtete Zentralstelle für Unfallverhütung u. a. auch eine umfassende Bildpropaganda auf ihrem Programm. Zu diesem Zweck ist bereits vor einigen Monaten eine besondere Unfallverhütungsbild-G. m. b. H. ins Leben gerufen worden. Sie hat die Aufgabe, fortlaufend gute Unfallbilder, von Künstlerhand geschaffen, herstellen zu lassen und planmäßig zu verbreiten. Die ersten dieser Bilder sind inzwischen erschienen und hinausgegangen (oder sollen in den nächsten Tagen hinausgehen). Bei dem einen handelt es sich um ein allgemeines Bildplakat, das auf die noch immer allzu große Zahl der Unfälle hinweist und jeden im Betriebe Stehenden mahnt, zur Verhütung und Verringerung der Unfälle das Seine beizutragen. Das zweite Bildplakat mahnt insbesondere zum Schutze der Augen.

Das wichtigste Problem bei dieser wie bei jeder Unfallverhütungspropaganda ist die Art der Verbreitung. Man hat sich hier entschlossen, sich der Hilfe der Berufsgenossenschaften selbst zu bedienen, die die Bilder und Plakate zunächst in jeden einzelnen Betrieb bringen können und sollen. Sache des Arbeitgebers wie auch der Arbeitervertretungen wird es dann natürlich sein, für die regelmäßige und möglichst augenfällige Platzierung der Bilder zu sorgen, immer in dem Bewußtsein, daß damit das Interesse aller im Betriebe Tätigen und an dem Betriebe Beteiligten gefördert wird: der Arbeiter und Angestellten, der Unternehmer und der Berufsgenossenschaft als Verhütungsträgerin. Intensivere und systematische Bekämpfung der noch immer allzu häufigen Unfälle, insbesondere der durch Fahrlässigkeit, Leichtsinn und Unachtsamkeit hervorgerufenen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesamtwirtschaft. Darum ist der neuen Organisation die allgemeine Unterstützung dringend zu wünschen, die allein einen wirklichen Erfolg verbürgt.

Gewerkschaftliches. Das Jahrbuch des DGB über das Geschäftsjahr 1923 ist soeben erschienen. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern gibt trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vom ganzen Volke abzuwenden.

Als Kriegsjahr wird das abgelaufene Jahr bezeichnet. Mit Schrecken erinnern wir uns der viereinhalb Jahre des blutigsten, mit allen technischen Hilfsmitteln geführten Krieges, und doch läßt der Inhalt des Buches die Frage entstehen, ob nicht die Wirkung des Wirtschaftskrieges des letzten Jahres noch viel verheerender gewesen ist. Diese Wirkung kommt nicht nur auf das Konto der Bedrückungen durch die ehemaligen Feindbündestaaten, sondern im gleichen Maße auch auf die Ziellosigkeit der deutschen Regierung, die ohne Plan, ohne sichere Finanzierung den Kampf um das Ruhrgebiet durchzuführen zu können glaubte. Den Nachweis dieses Sachverhalts bringen die lebendigen Schilderungen der Kapitel: „Die Besetzung des Ruhrgebiets“, „Die wirtschaftliche Wirkung des Ruhrkampfes“, „Gewerkschaftliche Forderungen zur Steuergesetzgebung“, „Der Tobestampfer der Markt und die Preissteigerungen“. In diesen Kapiteln wird aufgezeigt, wie besonders die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet spontan in den Abwehrkampf gegen die Besetzung eingetreten ist, wie der Bundesvorstand vom Anbeginn des passiven Widerstandes versucht hat, Vorfürsorge zur Unterstützung der kämpfenden Arbeitsgenossen zu treffen, wie er weiter mit Entschiedenheit sich der Regierung gegenüber eingesetzt hat, diesen ungleichen Kampf nicht bis zum Weißbluten auf die Spitze zu treiben. Tragisch ist das anschauliche Bild über die Folgen der Marktentwertung bis zur Billionenrechnung für eine Goldmark; doppelt tragisch in der Gegenüberstellung der Haltung unter „Wirtschaftsführer“ gegenüber den praktischen Vorschlägen der Gewerkschaften, dieses Versinken der Papiermark aufzuhalten. Der Versuch der Stresemann-Regierung, in letzter Stunde durch drastische Steuern den völligen Zusammenbruch zu verhindern, sowie die im Oktober in Angriff genommene Stabilisierung der Währung durch Schaffung der Rentenmark sind eine Rechtfertigung der so oft ungehört erhobenen Gewerkschaftsforderungen.

Lebendig wird auch die Erinnerung an die furchtbaren Sommermonate des Vorjahres bei dem Rückblick auf die Angriffe gegen die Republik durch Nationalisten, Faschisten und Separatisten, denen die Kommunisten mit ihren fortwährenden Generalkstreikparolen wirksam in die Hände arbeiteten. Verdienst der Gewerkschaften ist es, daß die Republik diesen Anführern nicht zum Opfer fiel.

Eine andre Seite der deutschen Wirtschaft zeigen die Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Denen, die oftmals kritiklos in aufgeregten Versammlungen den Vorwürfen beifolgt, daß die Gewerkschaften sich um das Schicksal der Arbeitslosen nicht genügend kümmern, wird die Lektüre dieses Kapitels eine andre Auffassung einbäumen. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstützungssätze geändert, nur um gegenüber der Inflationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einigermaßen zu erhalten. Ergänzt wird diese Tätigkeit durch die Bemühungen zur Bereitstellung von Notstandsarbeiten und zur Eindämmung der rigorosesten Bestimmungen bei Anwendung der Grundsätze über die Pflichtarbeit. Daß eine solche Tätigkeit den Interessen der Arbeitslosen besser dient, auch mehr Wissen und Können voraussetzt als die Veranstaltung zweckloser, oft mit schweren Folgen für die Beteiligten verbundener Arbeitslosendemonstrationen, wird auch das letzte Gewerkschaftsmitglied anerkennen müssen.

Ganz unentbehrlich für alle in der praktischen Agitation stehenden Gewerkschafter ist die Kenntnis der Darlegungen über den Kampf um die Achtstundentag. Auch in dieser Frage konnte sich ja die sogenannte Gewerkschaftsopposition nicht genug tun in Vorwürfen, daß die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften verraten worden sei. Die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe ergibt sich aus der chronologischen Darstellung des Werdens der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, angefangen von den Beratungen der Arbeitszeitgesetzentwürfe durch den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bis zu den Bemühungen in der endgültigen Verordnung, wenigstens die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft zur Anerkennung zu bringen. Mitbehandelt ist bei dieser Gelegenheit die Einstellung der Schlichtungsbehörden und die Stellungnahme des Bundesausschusses zur Frage der zwangstariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Der folgende Abschnitt beleuchtet die zwangsläufige Lohnpolitik der Gewerkschaften während der Inflationszeit. Es schließt sich daran die Statistik über die Lohnbewegungen im Jahre 1923, die Statistik über die Entwicklung der Verbände während des gleichen Jahres.

Die Funktionäre haben dieses Material im letzten Jahre schmerzlich vermisst, weil die Rückwirkung der Inflation den Bundesvorstand zwang, die statistischen Beilagen des „Korrespondenzblattes“ wegzulassen zu lassen. Durch Aufnahme des Ergebnisses der trotzdem durchgeführten regelmäßigen Erhebungen im Jahrbuch wird nicht nur diese Lücke gefüllt, sondern auch Gelegenheit zur Information über die Wirksamkeit und Entwicklung der einzelnen Verbände gegeben. Das Jahrbuch wird dadurch zugleich zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.

Neben den bisher angeführten Abschnitten wird im Jahrbuch zu der kommunistischen Zerstörungsarbeit Stellung genommen, das Wirken der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale behandelt und in besonderen Abschnitten auf die Fragen der Ein- und Auswanderung und der Fürsorge für die Gewerkschaftsmitglieder in den abgetretenen Gebieten Bezug genommen. Daran schließen sich besondere Kapitel über das Heimstätten- und Siedlungswesen, der Wohnungsfürsorge, den Stand der Bauarbeiterkassenrechnung, der Bildungsbestrebungen und ein Ueberblick über die Wirksamkeit des Jugendsekretariats für die Ausgestaltung der Jugendorganisation und des Lehrlingswesens. Alle diese Kapitel können nur angeudeutet werden, weil jedes nähere Eingehen auf den Inhalt viel zu weit führen muß. Dasselbe gilt für die folgenden Abschnitte über

die Auflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft, den Stand der Umwandlung der Verbände zu Industriearbeitsgemeinschaften, der Rechnungslegung der Bundeskasse und der inneren Verwaltungsgeschäfte.

Die Fülle des hier aufgezeigten Inhalts gibt allen Lesern des Jahrbuchs einen Ueberblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu meistern mit der nur geschäftsmäßigen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen Problemen der Bewegung so vertraut sind, daß sie böswilligen Kritikern zu jeder Zeit begegnen können. Material dazu bietet das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über die Wirksamkeit der Bewegung urteilen will, muß seinen Inhalt kennen. Das Buch gehört deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Preis in Ganzleinen gebunden 3 Mk., kartoniert 2 Mk. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Klasseninteresse und Volksgemeinschaft. Das Spiel um die Aufwertung der Kriegsanleihen bietet eine lehrreiche Selbstentfaltung jener bürgerlichen Parteien, die die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ immer im Munde führen. Nach der dritten Steuernotverordnung können Kriegsanleihen des Staates nicht verzinst und getilgt werden, solange Deutschland Reparationszahlungen leisten muß. So schwer dies die Kriegsanleihebesitzer trifft, so war dieser Standpunkt durch die schwere Lage des Reichs begründet. Die Besitzer der Kriegsanleihen erlitten denselben Verlust wie die Besitzer von Papiergeld oder Sparfahrguthaben. Es hat aber eine wilde Propaganda für die Aufwertung der Staatsanleihen eingelegt. Die Spekulation an der Börse hat in der Hoffnung auf die Aufwertung, die der Bürgerblock unzweifelhaft bringen dürfte, die Kurse der bisher wertlosen Kriegsanleihen in die Höhe gebracht. Diese haben sich in kurzer Zeit verdreifacht. Die vorübergehende Befestigung der Staatsfinanzen gab der Aufwertungspropaganda neue Nahrung. Unter solchen Umständen hat sich die Regierung zu einer Aufwertung beziehungsweise Verzinsung der Kriegsanleihen entschlossen und hat hierfür den einzig richtigen Weg gewählt. Die Kriegsanleihen sollen für hilfsbedürftige und beschloßene Selbstzeichner in Lebensrenten umgewandelt werden. Die Einzelheiten können wir hier nicht besprechen; sicherlich wird auch die beste Lösung vielfach ungerecht ausfallen, insbesondere werden diejenigen, die selbstgezeichnete Kriegsanleihen während der Inflationszeit veräußert hatten, benachteiligt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Gedanke einer sozialen Lösung, die die Verhältnisse der einzelnen Kriegsanleihebesitzer berücksichtigt und nur die Notleidenden versorgt, richtig ist. Die Herren vom Bürgerblock möchten aber die Reichen und die Spekulanten, die die Anleihen der armen Leute zu Spottpreisen zusammenkauften, an den Zinseszinsen des Reiches beteiligt sehen. Sie haben für diese Forderung den Deckmantel der „festen Rechtsgrundsätze“, die statt des Gesichtspunktes der Wohlfahrt angewendet werden soll. Es wird eine Agitation gegen die „Amentente“ geführt, als ob es beschämend wäre, wenn der Staat seinen hilfsbedürftigen Mitbürgern gegenüber seine Pflicht erfüllt. So sieht das soziale Gefühl dieser „Volksgemeinschaftler“ aus. Wenn sie auch neue Steuern für die Verzinsung der Kriegsanleihen bewilligen würden, so bleibt ihre Forderung dennoch unjust. Die neuen Steuern auf Kapital oder Vermögen müssen der Erleichterung der Steuerlasten der Beschloßenen, nicht aber der Bereicherung der Vermögenden und der Spekulanten dienen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus Frankfurt a. O. hat der Steinleger Ernst Hinkel, Buchnummer 001 629, geb. in Stettin, eine Anzahl Beitragsmarken und das bereits fassierte Geld bei seiner Abreise mitgenommen. Hinkel war Hilfskassierer. Beim Auftauchen an irgendeinem Ort gebe man dem Zentralvorstand sofort Nachricht. — Die Zahlstellenverwaltungen mögen Vorsorge treffen, daß solche Fälle sich nicht wiederholen.

Achtung, Zahlstellenkassierer! Die Zahlstellenkassierer, die noch mit der Abrechnung des 3. Quartals im Rückstand sind, werden ersucht, diese sofort einzufenden, da in einer der nächsten Nummern des „Steinarbeiters“ die Veröffentlichung der säumigen Zahlstellen erfolgt.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Koth b. Nürnberg. Der Steinmetz Heinz Werner, geb. am 4. 2. 1903 zu Weihenheid, reiste von hier ab, ohne seine Verbandslegitimation mitzunehmen, geschweige sie in Ordnung zu bringen. Beim Auftauchen irgendwo keine neue Mitgliedsarte ausstellen. **Albr. Burrnfeind, Kassierer.**

Adressenänderungen.

1. G a u (Nordwest). **Bülow.** Vorj. u. Kass.: Alfred Schmidt, Jungfernst. 15. **Klangbühl.** Vorj. Ernst Rademann, Wasserbau. — **Stettin.** Vorj.: Otto Klüg, Stettin-Grünhof, Rosenstraße 23, Hs. 11.
2. G a u **Greiffenberg.** Kass.: Wilhelm Stroch, Wieja Nr. 48.
4. G a u **Dessau.** Kass.: Eduard Spielau, Steinstr. 55 III. **Löb-jün.** Vorj.: Otto Görde, Schillerstr. 29.
5. G a u **Brühl a. Rh.** Vorj.: Peter Schwitter, Bonnstr. 68. Kass.: Heinz Gramt, Vieblarstr. 68.
6. G a u **Haslach (Baben).** Kass.: Adolf Schmieder, Neue Mühlensbacher Straße.
7. G a u **Hochwegen.** Kass.: Max Christopl, Schüring (Post Fürsteneck) Niederbayern.

Briefkasten.

H. G. Bitte doch künftig Leserbriefe schreiben, an Deinem Bericht habe ich mir bald die Augen ausgerent. Nächstmals sende ich ihn zurück.
Köln. Redaktion hat davon keine Mitteilung erhalten.
Brl. G. Steht in heutiger Nummer, das andre in nächster.

Mitteilungen, die zum Abdruck bestimmt sind, richte man an die Adresse der Schriftleitung. Handelt es sich um Portoerparnis und mehrere Mitteilungen, dann ist ein Vermerk auf der Briefeinschlag angebracht: „Für die Redaktion!“
Kleinere wichtige Notizen für die laufende Ausgabe müssen am Montag mittag in unserm Besitz sein.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 1.20 Mk. Bisher erschienen 8 Hefte.
„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 4 vom 15. Oktober 1924, ist erschienen. Es bringt einleitend einen Artikel von Th. Leipart: „Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat“, in welchem der Werdegang des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer geschildert ist und die Forderung an die Regierung gerichtet wird, nunmehr endlich den gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung zu bildenden Reichswirtschaftsrat und die ebenfalls zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte ins Leben zu rufen. Artikel von Prof. Lindemann, Lüttich, Käthe Gaebe, Wagner, Schmidt und Stetter geben dem

Heft 4 ein besonderes Gepräge. Zum Schluß bringt die „Rundschau der Arbeit“ reichhaltiges Material aus den verschiedenen Gebieten. „Die Arbeit“ ist das wissenschaftliche Organ der Arbeitnehmer und muß weitest Verbreitung finden.

Ein „Ewiges Tageskalender“ von F. W. Dieck in Rheinsheim, Kreis Karlsruhe, enthebt uns der jährlichen Sorgen um einen neuen Kalender beim Jahreswechsel. Er erleichtert Sted-, Bloß- und Wochenkalender und ist der einfachste für alle, die einen Kalender häufig benötigen. Wie schon der Name „Tageskalender“ sagt, gibt er das Tagesdatum und nur dieses an. Auf kurzen Blick weiß man also, heute ist z. B. der 15. Dezember. Die Zahl ist weithin lesbar. Man braucht keinen Zeiger zu beachten und nicht unter mehreren Zahlen eine herauszufinden. Das Wort „ewig“ will sagen, daß der Kalender für immerwährend ist, also nicht jedes Jahr erneuert werden muß. Das Material, aus dem er besteht, ist haltbar. Die Montierung ist praktisch und stabil, die Handhabung ist die denkbar einfachste, besonders bei Benützung der auf der Rückseite liegenden Tabelle. Der Preis ist, wenn man diese Dauer des „Ewigen Kalenders“ in Betracht zieht, billig. Muster gegen Einsendung von 160 Pfg. franko.

Der Verlag des Vereins Deutscher Kalkwerke C. B., Berlin W. 62, Kielanstraße 2, hat neuerdings die folgenden Schriften herausgegeben: **Die Verwendung des Kalks in den Industrien** von Hans Urbach, Geschäftsführer der Deutschen Kalk- und G. m. b. H. Preis 0.90 G. M. Verlagskosten 0.05 Mk. Die Reihe der Aufklärungs- und Lehrschriften über die vielseitige Verwendbarkeit des Kalks wird durch die vorliegende Veröffentlichung des rührigen Verlags des Vereins Deutscher Kalkwerke erfolgreich fortgesetzt. Von dem besten Kenner des Fachgebietes „Kalk“ verfaßt, bildet die Schrift einen knappen Leitfaden, der auf Nebenfragen verzichtet und klar und einprägnant die Wichtigkeit des Kalks in seinen verschiedenen Formen für die Technologie herausarbeitet.

Gemeindefinanzen und Gemeindesteuern in Preußen. Von Bruno Ullrich, Bürgermeister in Höchst am Main. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17, Fernsprecher Hansa 7435, 7436, 7437. Preis 1.50 Goldmark. Wie oft kommen Gemeindevorsteher in die unangenehme Situation, plötzlich zu einer neu auftauchenden Finanzfrage ihrer Gemeinde Stellung nehmen zu müssen. Das war vor dem Kriege eine höchst einfache Sache. Nach dem Kriege, wo das Reich fast die gesamte Steuerhoheit an sich gerissen hat, wo den Gemeinden nur traurige Reste eigener Einnahmen bleiben, ist die Finanzfrage der Gemeinden eines der wichtigsten Kapitel. Bürgermeister Ullrich gibt durch seine Schrift dankenswerte Aufklärungen. Dadurch wird das Buch hauptsächlich für jeden Kommunalpolitiker besonderen Wert haben.

Die Organisationen der Unternehmer von Dr. Otto Suhr, Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin. Broschüre 48 Seiten. Preis 1.20 Mk. Auslieferung für die Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sortimentsabteilung, Berlin S. 14, zum Organisationspreise von 70 Pfg.

Wer gezwungen ist zu kämpfen, muß die Kräfte seiner Gegner kennen. Die Arbeitnehmer müssen wissen, in welcher Weise die Arbeitgeber ihre Macht zusammengefaßt haben. Diese Kenntnis wird durch die vorliegende Arbeit des Arbeitersekretärs von Kassel, Kollegen Suhr, vermittelt. Es handelt sich natürlich um keine Einzelarbeit, sondern um einen Ueberblick. Wesen und Aufgaben der verschiedenen Arten von Unternehmerorganisationen sind sehr gut geschildert. Der Text wird durch Tabellen unterstützt. Die Schlussfolgerungen im letzten Abschnitt: „Die Organisation der Wirtschaft“, sind sehr beachtlich. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Broschüre die Mahnung an die Arbeitnehmer, schaffe starke Gewerkschaften und eine starke politische Partei, wenn ihr die Unternehmer mit gleichen Waffen entgegenzutreten wollen. Die Broschüre eignet sich auch als Referententmaterial. Die Anschaffung kann nur empfohlen werden.

Anzeigen	
Marmorhauer Ledige für freistehende Toiletten usw., im Kitten firm, werden in dauernde Arbeit gesucht. Stettiner Steinindustrie A.-G. Stettin.	Steinmetzen Mehrere tüchtige sowie Maschinenschleifer für sofort gesucht. Granit- und Syenit-Werke Hans Wieser, Marimlamitz im Fichtelgebirge.
Steinmetzen Tüchtige gegen Tariflohn oder Akkord stellen noch ein Grottenburger Sandsteinbrüche Karl Meier & Sohn, Detmold in Lippe.	Schrifthauer Tüchtiger der auch alle übrigen Steinmetzarbeiten in Granit ausführen kann, findet bei guten Leistungen dauernde Arbeit. Ludwig Bruhn, Granitwerk, Lübeck.

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden. In Birna am 24. September der Brecher Emil Herm. Haate. 52 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. In Dornreichenbach am 30. September der Postleier Heinrich Busch, 71 Jahre alt, Altersschwäche. In Geires am 2. Oktober der Granitsteinmetz Johann Kathel, 34 Jahre alt, Lungentran. In Annaberg am 5. Oktober der Steinleger Valentin Neupert, 38 Jahre alt, Unfall. In Büren am 8. Oktober der Hilfsarbeiter Ernst Urecht, 22 Jahre alt, Lungentzündung. In Hamburg am 10. Oktober der Kammer Johann Busch, 65 Jahre alt, Lungentuberkulose. In Pilgramsreuth am 15. Oktober der Brecher Georg Werner, 61 Jahre alt, Schlaganfall. (Der Verstorbene hat 1898 die Zahlstelle mitgearbeitet und seit dieser Zeit die verschiedensten Funktionen bekleidet. Der Verlust bringt eine Lücke im Beraterkreis der Zahlstelle.) Ehre ihrem Andenken!

Diegnitz (Schl.). Einem äußerst bedauerlichen und folgenschweren Autounfall fiel der Besitzer des Schmitzdorfer Balastwerkes und mehrerer anderer Werke in Oberschlesien Herr L. Miedswinski aus Breslau zum Opfer. Das Auto versuchte, den auf der Straße sich befindlichen Ziegen auszuweichen und geriet dadurch an einen Kilometerstein. Neben schweren Verletzungen der übrigen Insassen büßte Herr Miedswinski dabei sein Leben ein. Mit Herrn Miedswinski verliert die Arbeiterschaft der Schlesischen Schotterwerke und wir, als deren wirtschaftliche Vertretung, einen Arbeitgeber, der bei allen Gelegenheiten außer seinem eigenen Interesse auch das der Arbeiterschaft mitprägen ließ. Seine stets ausgleichende Tätigkeit bei den vielen Verhandlungen, die durch ihn den Arbeitern ständig gezeigte Achtung, hat über viele, mitunter sehr schwere Situationen im wirtschaftlichen Gegeneinander hinweggeholfen. Dieses festzustellen und anzuerkennen halten wir für unsere Pflicht. Die Arbeiter werden den Verunglückten sicherlich in steter guter Erinnerung behalten. Der Familie sowie dem Schicksale, Balastbund C. B. sprechen wir unser aufrichtiges Beileid aus.
Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag
von Ernst Rindler beide in Leipzig
Druck. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.